

JANUAR 2022

Newsletter

Bildnachweis | Shutterstock | DFCL Prints

Liebe Leserin, lieber Leser,

erstmal hat Deutschland einen **Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz**. Dahinter steht der berechtigte Versuch, zwei zentrale Sphären des gesellschaftlichen Lebens, mit einander zu versöhnen. Nur: ist das, was die Bundesregierung dazu vorhat, der richtige Weg?

Noch arbeitet R21 am Aufbau seiner Strukturen, aber auch am Jahresprogramm 2022. Fest steht schon jetzt: Die Denkfabrik wird sich 2022 mit dem Mega-Thema Klimapolitik beschäftigen. Wir freuen uns, dass in dieser Newsletterausgabe bereits eine kompetente Stimme aus der Wirtschaft, Professor **Wolfgang Reitzle**, zu diesem Thema zu Wort kommt.

Auch unser Schwerpunktthema „Zukunft der Einwanderungsgesellschaft“ bleibt weiter auf der Tagesordnung. Professor **Susanne Schröter** hat sich aktuell mit der Realitätsverweigerung in Politik und Gesellschaft befasst, was Islamismus an Schulen anbelangt.

Unser zweites Interview berührt ein anderes Kernthema der Denkfabrik: die Offenheit und Vielfalt des politischen Diskurses. Wir sind froh, dass unser Beiratsmitglied und NZZ-Chefredakteur **Eric Gujer** den professionellen Blick von außen auf die politische Kommunikation in Deutschland wirft.

Alles Weitere empfehle ich zu entdecken.

Es begrüßt mit Dankbarkeit für Ihr Interesse, für Ihr Feedback und Ihre Unterstützung

Ihr Andreas Rödder,



Vorsitzender der Denkfabrik R21.
Neue bürgerliche Politik

3 Fragen Antworten

Exklusiv



Bildnachweis | Privat

Herr Reitzle, sechs Wochen Ampel-Koalition: ist unser Land auf dem richtigen Weg?

Sicherlich ist vieles richtig, was die Ampel-Regierung im Programm hat. Aber die wirklich relevanten Strukturprobleme werden nicht oder kaum angegangen, etwa der zunehmende **Verlust an Wettbewerbsfähigkeit**, die **Bildungsmisere**, die Reform der **Sozialsysteme**, das **Versagen der Administration** selbst bei elementaren Aufgaben – zu sehen bei der Flut, der Pandemie oder im Land Berlin.

Diese Probleme mit **immer mehr Staat** und **immer größeren Apparaten** bekämpfen zu wollen, wirkt kontraproduktiv. Mehr Menschen machen ein ineffizientes und komplexes System noch ineffizienter und unproduktiver. Ein **schlanker Staat**, der sich als Dienstleister der Bürger sieht und der Marktwirtschaft statt Planwirtschaft als Grundlage hat, wäre der richtige Ansatz. Auch an konsequenter **Digitalisierung**, wo immer möglich, geht kein Weg vorbei.

Was muss geschehen, damit unserem Land der Weg in die CO₂-Neutralität gelingt?

Die Klimapolitik der Ampel ist die der Grünen. Die Energieversorgung auf regenerative Energien umzustellen ist das Ziel und soll über **rigorose planwirtschaftliche Vorgaben** erzwungen werden. Dabei wird die Frage, ob dies in einem Industrieland wie Deutschland überhaupt funktioniert, bewusst ausgeblendet.

Der angestrebte Versorgungsgrad mit regenerativ erzeugter Energie in Höhe von 80 % ist illusorisch, weil dann die **Volatilität** weiter zunimmt. Es stellt sich die Frage, wie aus dieser großen Menge an volatilem Gleichstrom ein stetig verfügbarer (24/7) Wechselstrom wird.

Um regenerativen Strom in diesem Sinne nutzbar zu machen, müssen parallel **gigantische Speicher- und Reservekapazitäten und riesige Leitungssysteme** gebaut werden. Wenn man das in die Gesamtbetrachtung einbezieht, wird schnell erkennbar, dass der eingeschlagene Weg **extrem teuer** und in der angestrebten Zeit **nicht umsetzbar** sein wird.

CO2-Neutralität kann nur dann erreicht werden, wenn man **technologieoffen marktwirtschaftliche Selbstregulierungsprozesse** in Gang setzt. Es ist zum Beispiel nicht unrealistisch, dass vor der vollständigen Umsetzung des Klimaplanes neue, kompakte Nuklearkraftwerke verfügbar sind. Sogenannte **Niedrigtemperatur Flüssigsalz-Reaktoren** ermöglichen eine risikolose und preiswerte Produktion von grundlastfähigem und CO2-freiem Strom dort, wo er benötigt wird. Ein Großteil des Leitungssystems könnte also eingespart werden.

Die Bundesregierung will bis 2030 - Deutschland zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien machen - frommer Wunsch oder machbar?

Voraussetzung für die **wirtschaftliche Herstellung** grünen Wasserstoffs ist ein extrem niedriger Preis für CO2-freien Strom. Dieser aber wird am Standort Deutschland **kaum möglich** sein, weshalb die großen Mengen an grünem Wasserstoff in Zukunft aus den Sonnenwüsten der Welt kommen werden. Schon heute steht in Saudi-Arabien Solarstrom für unter 1 \$Cent pro kWh zur Verfügung, bei uns kostet er ein Vielfaches.

Ein weiteres Problem für eine zügig steigende Produktionsmenge sind auf absehbare Zeit die nur sehr **begrenzt verfügbaren Elektrolysekapazitäten**. Der Prozess selbst weist heute auch noch sehr hohe Wirkungsgradverluste auf, weshalb forciert an **neuen Elektrolysetechnologien** geforscht werden muss.

Für die Übergangszeit ist es also viel wirtschaftlicher, auf **Gas und seine Derivate** als



Bildnachweis | Shutterstock | lonndubh

Islamismus im Klassenzimmer

Autorin: Prof. Dr. Susanne Schröter

Die Bundesregierung will sich laut Koalitionsvertrag vom Integrationsparadigma zugunsten eines Teilhabeparadigmas verabschieden. Das Gelingen der Integration wird jetzt ausschließlich als Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft verstanden. Das schärfste Instrument dieses Plans für eine verordnete gesellschaftliche Umgestaltung sind an Forderungen von Lobbyorganisationen ausgerichtete **Antidiskriminierungsrichtlinien gegen „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“**.

Man möchte muslimische Jugendarbeit fördern und gegen Muslimfeindlichkeit vorgehen. Organisationen, die man künftig finanziell fördern möchte, denunzieren **Kritik an islamistischen Vereinigungen** gern als „antimuslimischen Rassismus“.

Eine von ihnen ist die vom Berliner Senat geförderte „Anlaufstelle Diskriminierung an Schulen“ (Adas). Sie hat jüngst eine Reihe von Forderungen erhoben, die man umstandslos im Bereich der **Cancel-Culture** verorten kann. So sollen die Begriffe „konfrontative Religionsausübung“, „aggressive Religionsbekundung“ und „religiöses Mobbing“ aus dem öffentlichen Diskurs verbannt werden, weil sie angeblich Muslime diskriminieren.

Laut dem ebenfalls in Berlin ansässigen „Verein für Demokratie und Vielfalt“ (DeVi) zielen die beanstandeten Begriffe auf **islamistisches Engagement** an staatlichen Schulen: So würden beispielsweise muslimische Mädchen regelmäßig von islamistisch gesinnten Mitschülern unter Druck gesetzt, sich islamisch zu kleiden, also den Körper blickdicht zu verhüllen und mit einem Kopftuch Haar, Hals, Nacken und Ausschnitt zu bedecken. Wer nicht spurt, wird als ehrlos beschimpft, gemobbt oder drangsaliert.

Religiöses Mobbing

Darüber hinaus geht es um ein Gesamtpaket aus Handlungsanweisungen und Weltauffassungen, die junge Islamisten in Klassenzimmern und

Pausenhöfen durchzusetzen wissen, z. B. das Fasten während des Ramadans.

Der DeVi-Leiter Michael Hammerbacher kommt aus der Rechtsextremismusprävention und vergleicht die islamistischen Umtriebe mit den Aktivitäten jugendlicher Neonazis, die versuchten, „national befreite Zonen“ herzustellen. Man plant deshalb eine **„Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung“**. Zudem soll ein Beratungs- und Fortbildungsangebot für Lehrer und Sozialarbeiter entwickelt werden.

Dennoch hält sich die **Begeisterung in den politischen Kreisen Berlins in Grenzen**. Grüne und Repräsentanten der Partei Die Linke wittern Islamfeindlichkeit. Andere möchten die islamistischen Umtriebe als normales Verhalten in der Adoleszenz verstanden wissen. Wieder andere machen die Lehrer verantwortlich, weil sie sich angeblich zu wenig mit ihrem eigenen Rassismus auseinandersetzen.

Schule entscheidend für Integration

Es bleibt zu hoffen, dass die geplante Anlauf- und Dokumentationsstelle die notwendige politische Unterstützung erhält. Eine **Förderung wäre auch im Sinne der muslimischen Kinder und Jugendlichen**. Denn der Institution Schule kommt in Einwanderungsgesellschaften wie der deutschen eine wichtige Rolle zu.

Gerade für Kinder und Jugendliche aus prekären Milieus könnte Schule ein Raum sein, in dem es möglich ist, die engen **Grenzen der Herkunftsfamilie zu überschreiten** und sich auf anderes einzulassen. Sie könnten sich Kenntnisse aneignen, die in ihren Milieus als häretisches Wissen geächtet, aber in unserer Gesellschaft der Schlüssel für erfolgreiche berufliche Laufbahnen sind. Nur dann hätten sie tatsächliche Teilhabechancen.

ZUR LANGFASSUNG

Eric Gujer
Chefredakteur der Neuen Zürcher
Zeitung (NZZ) und
Mitglied des R21-Beirats

3 Fragen Antworten

Exklusiv



Bildnachweis | Privat

Herr Gujer, Sie sind in Deutschland aufgewachsen, haben hier als Korrespondent gearbeitet und bringen seit einigen Jahren eine Deutschland-Ausgabe der NZZ heraus. Wieso hat der Verlag diesen Schritt gewagt?

In der ersten Hälfte der Ära Merkel herrschte zwischen den politischen Lagern weitgehende Einigkeit. So konnte sich die Regierung bei ihrem Management der Eurokrise auf die Opposition verlassen. In der **zweiten Hälfte der Ära Merkel** kippte das ins Gegenteil um, in **Polarisierung** und **Dauerempörung**.

Beide Entwicklungen haben meiner Ansicht nach dazu geführt, dass der **aufgeklärte Diskurs gelitten** hat.

Sich **ohne falsche Rücksichten** auseinanderzusetzen und zugleich das **Gegenüber zu respektieren**, war einmal das Markenzeichen der bürgerlichen Gesellschaft. Das ist **partiell verloren** gegangen.

Hier hofft die Neue Zürcher Zeitung mit der **Schweizer Erfahrung der direkten Demokratie**, einen Beitrag zu leisten, um diese Leerstelle zu füllen.

Claus Kleber, Ex-Anchorman des ZDF-"Heute Journal", beklagt eine zunehmende Inhaltsleere von Politikerantworten in Interviews. Trägt die Politik die Verantwortung für den Vertrauensverlust in der politischen Kommunikation?

Vielleicht liegt es ja daran, dass sehr selbstbewusste Moderatoren ihre Gäste inzwischen kaum noch ausreden lassen. Es ist bequem, auf die Politiker zu zeigen.

Die **Medien** sollten sich **fragen**, was sie selbst zu diesem **Vertrauensverlust beigetragen** haben.

So ist es doch kein Wunder, dass Menschen aus Ostdeutschland Journalisten mit tiefem **Misstrauen** begegnen, wenn sie in den westdeutsch geprägten Medien vor allem als Karikatur des krakeelenden rechtsextremen und Corona-Leugners vorkommen, während ihre **Lebensrealität wenig Beachtung** findet.

In Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung, von Corona- und Klimakrise sieht mancher Journalist das Heil in "Haltungsjournalismus". Ist das ein Konzept für den Journalismus von morgen?

Journalismus und Aktivismus sind einander **wesensfremd**. Gute Journalisten nähern sich einer Frage mit **intellektueller Neugier**, mit **Skepsis** und der **Bereitschaft zu differenzieren**. Aktivisten glauben zu wissen, was richtig und falsch ist, und machen im Dienst ihrer Sache keine Kompromisse. Die einen wollen die Welt erklären, die anderen wollen sie verändern. Beides geht nicht zusammen.



Bildnachweis | Sergio delle Vedove

Gramsci des Monats

Die sich weiter öffnende Schere

Der öffentliche Diskurs ist davon bestimmt, dass neue Begriffe geprägt werden oder alt bekannte Begriffe neue Bedeutung übergestülpt

bekommen. Wir stellen in loser Folge Beispiele für solche Begriffsumdeutungen bzw. -aufladungen – Framing – vor.

Namensgeber dieser Kolumne ist der italienische Marxist und Intellektuelle Antonio Gramsci (1891 – 1937). Er propagierte die Eroberung der Deutungshoheit als wichtige Voraussetzung, um politische Macht zu erlangen. Dieses Instrument haben sich politische Bewegungen links und rechts von der Mitte zu eigen gemacht.

Wir setzen die Reihe mit der "sich weiter öffnenden Schere" fort. Lesen Sie den neuen "Gramsci des Monats" [hier >](#)



Bildnachweis | Shutterstock | Sinart Creative

Sprache und Macht

Autoren: Silvana und Prof. Dr. Andreas Rödder

Gegenderte Sprache verfolgt den Anspruch, Frauen und nicht-binäre (d. h. weder weibliche noch männliche) Personen **sprachlich sichtbar** zu machen, die sich durch das generische Maskulinum nicht vertreten sehen. Das generische Maskulinum befestigt vielmehr **eine männlich, weiß und heterosexuell dominierte Ordnung**, weil Sprache ein Machtinstrument ist, so die Grundannahme der Forderung nach „geschlechtergerechter Sprache“, die vor allem von **identitätspolitischer Seite** vertreten wird. Dabei ist auch der Begriff "geschlechtergerechte Sprache" ein machtpolitisches Instrument, weil er andere Formen des Sprechens implizit als "ungerecht" bezeichnet **und ihnen damit Legitimität** abspricht.

Überhaupt geht in der aufgeheizten Debatte manches durcheinander. Daher ist es wichtig, vier Ebenen der Argumentation zu unterscheiden.

Erstens die **semantische Ebene**: Das generische Maskulinum beruht auf der Annahme, dass grammatikalisches und biologisches Geschlecht nicht identisch sind: Ich bin **der Mensch, die Person und das Subjekt**. Demgegenüber schließt die oft als Kompromisslösung verwendete Bezeichnungsform der "Bürgerinnen und Bürger" nicht-binäre Personen nicht mit ein, sondern **befestigt** gerade

die **Binarität**. Um auch nicht-binäre Personen sprachlich sichtbar zu machen, ist die einzig konsequente Alternative zum generischen Maskulinum der **Gender-Stern**.

Er wirft aber Probleme auf grammatikalischer, sprachpraktischer und politisch-kultureller Ebene auf. Denn Sonderzeichen wie Stern, Doppelpunkt oder Unterstrich im Wortinneren passen (zweitens) nicht zum grammatikalischen System der deutschen Sprache mit ihren Artikeln und Genitivkonstruktionen, und sie stören den Fluss der Sprache.

Wer "eine*n Steuerberater*in" sucht, kann dies weder schriftlich noch mündlich korrekt tun. Das gilt erst recht, wenn man sich in die Obhut "des/der Ärzt*in" begibt.

Wenn der **Rat für deutsche Rechtschreibung** die Empfehlung formuliert, Texte sollten sachlich korrekt und verständlich, lesbar, vorlesbar und erlernbar sein, ist **drittens** eine **sprachpraktische Ebene** angesprochen, auf der wortinterne Sonderzeichen grundsätzliche Probleme hervorrufen. Dies gilt nicht zuletzt **für die Fähigkeit zu vertieftem Lesen** und zur konzentrierten Aneignung von Texten, die an Schulen und

Hochschulen zunehmend als **zentrales Problem** identifiziert wird.

Hinzu kommt **viertens** eine **politisch-kulturelle Ebene**: Der Gender-Stern ist Ausdruck des identitätspolitischen Konzepts der "fluiden Geschlechtlichkeit", das die tradierte Vorstellung überwinden soll, die Menschheit unterscheide sich grundsätzlich nach Männern und Frauen. Daher hat der **Gender-Stern** immer etwas **Bekennnishaftes** an sich.

Sprache ist das **zentrale Medium öffentlicher Auseinandersetzungen**. Aber auch die Vertreter gegenderter Sprache haben inzwischen erkannt, dass Sprache nicht automatisch die Realität verändert – vielmehr erinnert die Vorstellung, Realität durch Sprache zu verändern, an **Praktiken totalitärer Regime**. Umgekehrt haben sich grundlegende Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen in den vergangenen

Jahrzehnten **ohne gegenderte Sprache** durchgesetzt.

Eine angemessene Konsequenz all dieser Befunde ist eine zweifache: zum einen ein **reflektierter und zugleich entspannter Umgang mit der Sprache**. Das gilt insbesondere für das generische Maskulinum, das auf allen vier Ebenen die Anforderungen an funktionierende Sprache erfüllt. Und zum anderen: **Sprachsensibilität**. Das geht **ohne Moralisierung**, sondern durch sachliche Begründung und **Bereitschaft zur Rücksicht**, auf allen Seiten.

WEITERE ARTIKEL



Buchtipps

Geopolitik, Nachhaltigkeit und Technologie sind die drei strategischen Herausforderungen der 2020er-Jahre. Für Unternehmen hängt deshalb vieles von differenzierten geopolitischen Einschätzungen und Analysen ab. Katrin Suder und R21-Mitinitiator Jan F. Kallmorgen bieten in ihrem jüngst erschienen Buch **"Das geopolitische Risiko. Unternehmen in der neuen Weltordnung"** diese an.



**Jetzt
Unterstützer
werden!**

Mehr Infos

Nicht vergessen ...

Um dauerhaft Programmarbeit machen zu können, ist die Denkfabrik auf Spenden angewiesen. Unterstützen Sie bitte die Arbeit aktiv. Spenden Sie ganz einfach digital auf unserer [Website](#). Oder kontaktieren Sie uns per [Email](#).

Kontakt

Sie haben Anregungen für unsere Arbeit oder für den Newsletter?
Sie wollen schon jetzt mehr wissen?

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
redaktion@denkfabrik-r21.de

Denkfabrik REPUBLIK21 e. V.

Neue bürgerliche Politik
Baierbrunner Straße 25
81379 München
Deutschland

Tel.: +49 (0) 89 2000 80752
info@denkfabrik-r21.de
denkfabrik-r21.de

